

„Meldeplattform Weniger ist mehr“ und „Mach München besser: gilt das auch für nutzbare Gehwege?“

Meldeplattform „Weniger ist Mehr“

Antrag Nr. 20-26 / A 02945 von der Fraktion ÖDP/München Liste vom 21.07.2022, eingegangen am 21.07.2022

„Mach München besser“ - gilt das auch für nutzbare Gehwege?

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO

Anfrage Nr. 20-26 / F 00544 von der Fraktion ÖDP/München Liste vom 21.09.2022, eingegangen am 21.09.2022

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 08782

2 Anlagen

- Stadtratsantrag/-anfrage
- Stellungnahmen

Beschluss des IT-Ausschusses vom 19.04.2023 (VB)

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag der Referentin.....	2
1. Ausgangslage.....	2
2. Umsetzung des Antrags und der Anfrage.....	4
3. Beteiligungen und Stellungnahmen der Referate.....	8
II. Antrag der Referentin.....	8
III. Beschluss.....	9

I. Vortrag der Referentin

1. Ausgangslage

1.1. Antrag und Anfrage

Antrag Nr. 20-26 / A 02945 „Meldeplattform Weniger ist mehr“ von Frau StRin Haider, Herrn StR Ruff, Herrn StR Höpner, Frau StRin Holtmann der Fraktion ÖDP / München Liste

Es wird eine Meldeplattform „Weniger ist mehr“ aufgesetzt, auf der Bürger:innen Ideen melden können wie die LH München Ressourcen einsparen kann. Der Prozessablauf orientiert sich an der Meldeplattform Radverkehr „München unterwegs“ <https://meldeplattform-rad.muenchenunterwegs.de/#pageid=1> bzw. „Mach München besser“ <https://machmuenchenbesser.de/>.

Begründung:

Derzeit brennt es an vielen Ecken. Es wird darüber diskutiert, mit welchen Maßnahmen wir die Klimakrise und die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs abmildern können. Der Welterschöpfungstag findet jedes Jahr früher statt, dieses Jahr für Deutschland bereits am 4.5. Das Artensterben schreitet voran. Und vor ein paar Tagen hat der Bundeswirtschaftsminister Habeck den Gasnotstand ausgerufen. Wir müssen dringend handeln – und zwar auf allen Ebenen. Das kann nicht nur von oben nach unten erfolgen, sondern auch unter Einbindung der Münchner Bürger. Die Bürger werden aufgerufen, ihre Ideen und Anregungen zur Ressourcenschonung kund zu tun. Durch das breite Sammeln der Ideen der Bürger vor Ort können Maßnahmen zügig aufgedeckt und von der Verwaltung umgesetzt werden.

In einer wohlhabenden Stadt wie der LH München gibt es sicherlich etliche Einsparpotentiale zu knacken, bevor Bürgerinnen und Bürger fundamentale Einschnitte erleben. Ziel ist die „Haben wir doch immer schon so gemacht-Gewohnheiten“ zu hinterfragen, ggf. aufzuheben bzw. mit ressourcenschonenderen Maßnahmen zu ersetzen. Dies könnte beispielsweise eine notorisch überheizte Umkleidekabine, leckende Wasserhähne in öffentlichen Toiletten, ein Zuviel an Straßenbeleuchtung, doppelte Verkehrsschilder oder englischer Rasen auf Spielplätzen.

Anfrage Nr. 20-26 / F 00544 „Mach München besser: Gilt das auch für Gehwege?“ von Frau StRin Haider, Herrn StR Ruff, Herrn StR Höpner, Frau StRin Holtmann der Fraktion ÖDP / München Liste

Die Online-Plattform „Mach München besser“ ist seit September 2021 offiziell in Betrieb. Hier können Bürger:innen Mängel oder Verschmutzungen digital melden. Bereits im ersten halben Jahr gingen 3.000 Meldungen ein. Dadurch werden frühere Aktionen wie „Bei Anruf Licht!“ oder „Rein. Und sauber!“ zusammengeführt und Meldungen zentral erfasst, mittels Statistik sichtbar gemacht und bearbeitet. Man kann aus 13 verschiedenen Kategorien auswählen, wobei die Möglichkeiten stetig erweitert werden sollen. Seit Bekanntmachung sind bereits die zusätzlichen Kategorien Altkleidercontainer sowie Wertstoffinseln hinzugekommen.

Die Nicht-Ahndung von illegalem Gehwegparken wird vonseiten des KVR u.a. mit wenigen Beschwerden begründet. Auf die wiederholte Forderung, ein zentrales Beschwerdemanagement auch für das Thema illegales Parken auf Gehwegen einzuführen, wird mit Personalmangel geantwortet und in die Zukunft verwiesen. Dabei

braucht es gerade einfache, etablierte Möglichkeiten, um die Stadt bei dieser Herausforderung zu unterstützen. Die Forderung der Gleichstellungsstelle für Frauen nach „ausreichend breiten Geh- und Radweglösungen“ sollen laut IT-Referat zwar bei der Umsetzung „aufgegriffen werden“, passiert ist dazu jedoch noch nichts.

Darum fragen wir den Oberbürgermeister:

- 1. Wie ist die aktuelle Zeitplanung zur Integration weiterer Zusatzfunktionen auf der Mängelmeldungs-Plattform „Mach München besser“, insbesondere*
 - a. Geh- oder Radweg beschädigt*
 - b. Bordsteinkante nicht abgesenkt an Geh- oder Radweg*
 - c. Gehweg zu eng wegen dauerhaft parkender KFZ*
- 2. Wann ist mit dem bereits zugesagten Aufgreifen des Themas „ausreichend breite Geh- und Radweglösungen“ auf der Plattform zu rechnen?*
- 3. Warum können bei der Kategorie „Geh- und Radwege“ nur „verschmutzt“ als Attribut ausgewählt werden, nicht aber „zugeparkt“ oder „nicht nutzbar“?*
- 4. Sollen illegal abgestellte KFZ zukünftig als „Verschmutzung“ angegeben werden, um den dringenden Handlungsbedarf sichtbar zu machen?*

1.2. Einordnung des Antrags

Da sich sowohl Antrag als auch Anfrage mit der Meldeplattform „Mach München besser!“ beschäftigen, erfolgt die Beantwortung gemeinsam in dieser Beschlussvorlage.

1.3. Rahmenbedingungen

Seit September 2021 gibt es auf der Plattform „Mach München besser!“¹ die Möglichkeit, Schäden und Verschmutzungen im Stadtgebiet München digital an die Stadtverwaltung zu melden. Der Service wird von den Münchner*innen sehr gut angenommen (die Anzahl der eingehenden Meldungen steigt derzeit monatlich um durchschnittlich 15 Prozent). Es ist davon auszugehen, dass das Meldevolumen mit der Aufnahme zusätzlicher Kategorien weiter steigen wird.

Ziel ist es, langfristig möglichst umfassend die nicht digitalen Meldewege durch eine stadtweite digitale Meldeplattform zu ergänzen und das Angebot der Plattform durch zusätzliche Meldekategorien zu erweitern. Davon unabhängig muss der diskriminierungsfreie Zugang zu derartigem Angebot generell gewährleistet sein.

Ebenso ist es das Ziel, den Melder*innen eine aktuelle Rückmeldung geben zu können, also ein positives Nutzer*innenerlebnis zu schaffen.

Dies geschieht durch die erfolgreiche, zeitnahe Bearbeitung der eingehenden Meldungen. Die Bearbeitung der Meldungen erfolgt direkt in den dafür zuständigen Fachbereichen. Voraussetzungen dafür sind etablierte Prozesse und Strukturen zum Umgang mit den Meldungen sowie ausreichend Personal in den Fachbereichen.

1.3.1. Vorgehen bei der Aufnahme neuer Kategorien

Bei der Aufnahme neuer Kategorien ist das Vorhandensein bzw. die Schaffung dieser fachbereichs-internen Prozesse und Strukturen zwingende Voraussetzung. Stellt sich in intensivem Austausch zwischen dem IT-Referat und den Fachbereichen heraus, dass bei einer potenziellen Meldekategorie aktuell diese Voraussetzungen nicht erfüllt werden können, so kann diese Kategorie derzeit noch nicht angeboten werden.

Bei der Auswahl neuer Kategorien fokussieren wir uns aktuell insbesondere auf solche, die sich auf Meldungen zu Schäden und Verschmutzungen im Stadtgebiet München beziehen (ähnlich zu „fix my street“). Außerdem muss ein eindeutiger Ortsbezug möglich (z.B. Sendlinger Straße 00 anstatt Sendling) und ein infrastruktureller Bezug vorhanden sein.

Wird des weiteren im laufenden Betrieb durch die eingehenden Meldungen ersichtlich, dass bei den Bürger*innen Bedarf für eine zusätzliche Kategorie vorliegt, so prüft das IT-Referat mit dem jeweils zuständigen Fachreferat die Möglichkeit, diese zusätzliche Kategorie zu schaffen.

1.3.2. Benennung der Kategorien

Die Benennung der Kategorien erfolgt so spezifisch und gleichzeitig verständlich wie möglich. So wird einerseits eine zügige Bearbeitung durch die Stadtverwaltung möglich (pro Kategorie grundsätzlich nur eine zuständige bearbeitende Stelle) und andererseits dem/der Nutzer*in klar verständlich, was unter der Kategorie zu verstehen und zu melden ist.

2. Umsetzung des Antrags und der Anfrage

2.1. Antrag

Ziel des Antrags ist die Schaffung einer Plattform, auf der Bürger*innen der Stadtverwaltung Ressourcen-Einsparpotenzial melden können.

Für die Stadtverwaltung ist die Einsparung von Ressourcen ein wichtiges Thema. Daher ist sie bereits sehr engagiert und aktiv bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verminderung des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen und bezieht die Zivilgesellschaft hier mit ein. So wurde z.B. der "Maßnahmenplan Klimaneutralität" aufgesetzt, in dem sehr vielfältige Klimaschutzmaßnahmen enthalten sind. Hierfür hat die Stadtverwaltung im Rahmen eines sehr umfangreichen Fachgutachtens unter Einbeziehung zahlreicher Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft Maßnahmenvorschläge gesammelt und durch ein Fachgutachterteam bewerten lassen.

Der Maßnahmenplan stellt eine sehr wichtige Grundlage für das weitere Handeln im Klimaschutz bei der LHM dar, hat sie sich doch bereits vor einigen Jahren das ehrgeizige Klimaschutzziel der klimaneutralen Stadtverwaltung bis 2030 und die weitestgehende Klimaneutralität der Gesamtstadt bis 2035 gesetzt. Die Maßnahmenvorschläge des Maßnahmenplans werden in den kommenden Jahren umgesetzt.

Auch in städtischen Gebäuden und im öffentlichen Raum hat die LHM bereits Einsparpotenzial bei den Ressourcen ermittelt und Maßnahmen zum Energiesparen ergriffen. Eine Projektgruppe Energiemangel wurde eingerichtet, die die Maßnahmen der Verwaltung koordinieren und möglichst umfassend Sparpotenziale identifizieren und realisieren soll. Außerdem wurde eine Sensibilisierungskampagne bei städtischen Beschäftigten zum energiesparenden Verhalten gestartet. In der Beantwortung der Anträge/Anfragen „Energiespar-Anleitung und Kurzschulungen für Nutzer öffentlicher Gebäude“ (Antrag Nr. 20-26 / A 02946), „Task Force, Energiesparen‘ macht städtische Gebäude winterfest“ (Antrag Nr. 20-26 / A 03057) und „Energiesparen in öffentlichen Räumen – Wie geht es weiter?“ (Anfrage 20-26 / F 00533) der Fraktion ÖDP/München Liste schildert der Oberbürgermeister dies ausführlich (<https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/7342749>).

Bei der weiteren Suche nach Einsparpotenzial bei Ressourcen die Bürger*innen mit einzubeziehen, ist auf jeden Fall im Sinne der Stadtverwaltung.

Allerdings ist das Themenfeld „Ressourcen-Einsparpotenzial“ sehr breit. Es ist davon auszugehen, dass Bürger*innen hierzu die verschiedensten Vorschläge haben werden.

So werden einerseits Meldungen zu kurzfristig behebbaren Mängeln (z. B. tropfender Wasserhahn, überlaufender Brunnen) eingehen.

Für Meldungen dieser Art von Mängeln gibt es bereits seit 2021 die Meldeplattform „Mach München besser!“. Überlaufende Brunnen beispielsweise können unter „Brunnen beschädigt“ bereits dort gemeldet werden.

Wie unter den Rahmenbedingungen unter 1.3 beschrieben, erweitert das IT-Referat die Meldekategorien von „Mach München besser!“ kontinuierlich, stets unter Berücksichtigung des Fokuses und Funktionsumfangs der Plattform. Das IT-Referat wird daher gemeinsam mit den zuständigen Fachbereichen prüfen, welche weiteren Kategorien, die zur Schonung von Ressourcen beitragen können, denkbar wären und ob und wie eine Umsetzung innerhalb der zuständigen Stellen möglich ist.

Zum Thema „Ressourcen-Einsparpotenzial“ wäre andererseits aber auch Meldungen zu komplexen Sachverhalten zu rechnen, wie z. B. Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30, Reduzierung der Straßenbeleuchtung, Gebäudedämmung städtischer Gebäude oder der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Bei diesen Vorschlägen mit übergreifendem Charakter fehlt oft der eindeutige Ortsbezug, der Grundlage für die Bearbeitung über eine Meldeplattform ist.

Die Umsetzung solcher Anliegen ist außerdem nicht direkt auf eine Meldung der Bürger*innen hin möglich. Aufgrund der Komplexität der Sachverhalte liegen deren Umsetzung unterschiedlichste Fachprozesse zu Grunde, mit teilweise langen Laufzeiten. Eine zeitnahe Rückmeldung zur Umsetzung dieser Art von Vorschlägen ist kaum möglich.

Die Beantwortung und Bearbeitung dieser Anliegen würde außerdem einen hohen Analyse- und Betreuungsaufwand auslösen. Hiermit verbunden wäre ein entsprechend hoher Personal- und Ressourceneinsatz.

Aus diesen Gründen ist eine Meldeplattform nicht das geeignete Medium für diese Art von Meldungen. Die Bürger*innen können aber sicherlich auf anderen, geeigneteren Wegen miteinbezogen werden und Vorschläge, wo die Stadt Ressourcen einsparen kann, einreichen. Bürgerbeteiligungsverfahren, Umfragen oder auch nicht digitale Formate, wie Veranstaltungen, sind denkbar.

Das IT-Referat wird daher zeitnah die Fachbereiche, die inhaltlich betroffen sind, ermitteln. Gemeinsam mit diesen wird geprüft, ob und wie die Öffentlichkeit bei der Erkennung von Ressourcen-Einsparpotenzial effektiv einbezogen werden kann und auf welche Art.

Hinweis: Anliegen zu komplexeren Sachverhalten an die Stadtverwaltung können bereits jetzt über die bestehenden Meldewege und -möglichkeiten an die Stadt herangetragen werden. Dies ist über Telefon, E-Mail, die OB-Sprechstunde sowie über die Bezirksausschüsse möglich. Die Anliegen werden von den jeweils zuständigen Fachbereichen beantwortet.

2.2. Anfrage

Gegenstand der Anfrage ist die Zeitplanung bei der Aufnahme weiterer Meldekategorien rund um Geh- und Radwege.

In intensiver, direkter Abstimmung mit dem Baureferat, Kreisverwaltungsreferat und Mobilitätsreferat beantwortet das IT-Referat die in der Anfrage aufgeführten Fragen wie folgt:

Frage 1: Wie ist die aktuelle Zeitplanung zur Integration weiterer Zusatzfunktionen auf der Mängelmeldungs-Plattform „Mach München besser“?

Zum Vorgehen bei der Aufnahme neuer Kategorien in die Plattform verweisen wir auf die Schilderung unter 1.3.1 Rahmenbedingungen.

a) Zeitplanung zur Integration „Geh- oder Radweg beschädigt“

Aktuell bereitet das IT-Referat gemeinsam mit dem Baureferat eine Meldekategorie für Schäden an den öffentlichen Verkehrsflächen vor. Das Baureferat wird die dafür notwendigen personellen Ressourcen in 2023 für das Eckdatenverfahren 2024 anmelden. Eine Inbetriebnahme der Kategorie kann ohne die zusätzlichen personellen Ressourcen nicht erfolgen.

b) Zeitplanung zur Integration „Bordsteinkante nicht abgesenkt an Geh- oder Radweg“

In Abstimmung mit dem Baureferat und dem Mobilitätsreferat gestaltet sich der Sachverhalt bezüglich einer Meldekategorie „abgesenkte Bordsteinkante auf Geh- bzw. Radwegen“ wie folgt:

Der Stadtrat hat am 21.12.2022 den Einstieg in die Teilstrategie Fußverkehr beschlossen (SV-Nr. 20-26 / V 07472). Der Beschluss sieht die Ausweitung des barrierefreien Ausbaus von Querungsstellen vor. Der barrierefreie Ausbau einer Querungsstelle enthält zwingend die Absenkung der zugehörigen Bordsteine. Darüber hinaus enthält der Beschluss den Auftrag, ein Bauprogramm für Querungshilfen zu entwickeln. Das Mobilitätsreferat geht davon aus, dass neue Querungshilfen grundsätzlich barrierefrei und damit mit abgesenkten Bordsteinen zu errichten sind. Die bauliche Umsetzung obliegt dem Baureferat.

Für Radwege gibt es auf der Meldeplattform Radverkehr seit Juni 2021 die Möglichkeit, den Wunsch einer Bordsteinabsenkung an Radwegen zu melden. Durch die Wahl der Kategorie „Großer Höhenunterschied bei Übergängen (Bordsteinen)“ wird die Meldung direkt an die zuständige Abteilung im Baureferat weitergeleitet. Die Bürger*innen werden anschließend informiert, dass die Anpassung von Bordsteinkanten mit umfangreichen Planungs- und Abstimmungsprozessen verbunden ist und die Meldung berücksichtigt werden wird, wenn an dieser Stelle Umbaumaßnahmen vorgesehen sind.

Eine Aufnahme dieser Kategorie in „Mach München besser!“ ist aufgrund des komplexen Prozesses bis zur möglichen Umsetzung eines gemeldeten Bordsteinabsenkungs-Wunsches daher aktuell nicht sinnvoll.

c) Zeitplanung zur Integration „Gehweg zu eng wegen dauerhaft parkender KFZ“

Zur Erläuterung der Sachlage bei Gehwegparker*innen und dem Umgang mit Anzeigen Dritter verweist das Kreisverwaltungsreferat auf die Beantwortung des Antrags „Geh- und Radwegparken unterbinden III (Radwegsicherheit XXV) Falschpark-Meldungen der Zivilgesellschaft entkriminalisieren, ernst nehmen und Beeinträchtigung entfernen“ (SV-Nr. 20-26 / A 02632) der Fraktion ÖDP/München-Liste.

Gehwegparker*innen können bereits über das Sammelpostfach der Kommunalen Verkehrsüberwachung (verkehrsueberwachung.kvr@muenchen.de) gemeldet werden. Eingehende Meldungen zu Gehwegparker*innen können allerdings nur zur Schwerpunktsetzung der Kontrollen durch das Kreisverwaltungsreferat herangezogen werden, das Abschleppen von Fahrzeugen fällt in die Zuständigkeit des Polizeipräsidiums München.

Die Beschlussvorlage des Mobilitätsreferats zum Einstieg in die Teilstrategie Fußverkehr (SV-Nr. 20-26 / V 07472) enthält das Handlungsfeld Gehwegparken. Im Handlungsfeld soll unter anderem eine Datenauswertung zum Gehwegparken im

Stadtgebiet erfolgen sowie ein Verfahren zur Reduzierung des ordnungswidrigen Gehwegparkens entwickelt werden. Eine weitere Behandlung des Themenbereichs Gehwegparken ist im Rahmen der geplanten Sitzungsvorlage zur Teilstrategie Management des öffentlichen (Straßen-)Raums vorgesehen.

Sobald das zu entwickelnde Verfahren angewendet wird, prüft das IT-Referat gemeinsam mit der Kommunalen Verkehrsüberwachung, dem Polizeipräsidium München und möglicherweise weiteren betroffenen Stellen, ob die Kategorie in „Mach München besser!“ aufgenommen werden kann.

Frage 2: Wann ist mit dem bereits zugesagten Aufgreifen des Themas „ausreichend breite Geh- und Radweglösungen“ auf der Plattform zu rechnen?

Die Aufnahme dieser Kategorie wurde gemeinsam mit dem Baureferat und dem Mobilitätsreferat geprüft.

Auf die Sicherung ausreichender Gehwegbreiten auf bestehenden Gehwegen zielt das Mobilitätsreferat in der Beschlussvorlage zum Einstieg in die Teilstrategie Fußverkehr mit den Handlungsfeldern Gehwegparken und Sondernutzungen ab (SV-Nr. 20-26 / V 07472). Im Handlungsfeld Sondernutzungen strebt das Mobilitätsreferat die Erhöhung der Mindestgehwegbreiten an. Zur Erläuterung des Handlungsfelds Gehwegparken siehe oben. Für die Aufnahme von Meldekategorien zum Gehwegparken und zu Sondernutzungen in die Plattform „Mach München besser!“ siehe die obenstehenden Ausführungen zu 1c.

Eine Meldekategorie „Ausreichend breite Geh- und Radweglösungen“ impliziert, dass auch Bedarf zur baulichen Anpassung von Gehwegen gemeldet werden soll. Dabei ist zu beachten, dass entsprechenden Anpassungen ein erheblicher Zeitbedarf für die Prüfung sowie eventuelle Planung und Umsetzung vorausgeht. Zwischen der Meldung eines Bedarfs über die Plattform bis zur eventuellen Umsetzung einer Lösung können gemäß Einschätzung des Mobilitätsreferats mehrere Jahre vergehen.

Zu schmale Radwege können bereits über die Meldeplattform Radverkehr gemeldet werden. Da es sich hierbei um Themen handelt, die einer größeren Planung und Umbaumaßnahmen bedürfen, fließen nach Prüfung und bei Bedarf in die anstehenden Planungen ein.

Eine Aufnahme der Kategorie „ausreichend breite Geh- und Radweglösungen“ in „Mach München besser!“ ist aufgrund der langen Zeit bis zur eventuellen Umsetzung nicht mit der angestrebten positiven Nutzer*innenerfahrung bei der Plattformnutzung vereinbar und daher aktuell nicht sinnvoll.

Frage 3: Warum können bei der Kategorie „Geh- und Radwege“ nur „verschmutzt“ als Attribut ausgewählt werden, nicht aber „zugeparkt“ oder „nicht nutzbar“?

Wie unter 1.3 Rahmenbedingungen beschrieben werden die Kategorien so spezifisch und gleichzeitig verständlich wie möglich benannt, um einerseits eine zügige Bearbeitung durch die Stadt zu ermöglichen und andererseits den Nutzer*innen klar verständlich zu machen, was unter der Kategorie zu verstehen und zu melden ist. Eine Kategorie „nicht nutzbar“ erfüllt dieses Kriterium nicht.

Zur Kategorie „zugeparkt“ verweisen wir auf die Beantwortung unter Frage 1c.

Frage 4: Sollen illegal abgestellte KFZ zukünftig als „Verschmutzung“ angegeben werden, um den dringenden Handlungsbedarf sichtbar zu machen?

Auch hier verweisen wir auf die entsprechende Beantwortung unter Frage 1c.

3. Beteiligungen und Stellungnahmen der Referate

Der Gesamtpersonalrat, die Gleichstellungsstelle und die Stadtkämmerei sowie das Baureferat, Kreisverwaltungsreferat und Mobilitätsreferat stimmen dem geplanten Vorhaben zu bzw. zeichnen diese Beschlussvorlage mit. Entsprechende Textänderungswünsche wurden eingearbeitet.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Korreferentin (RIT) und Verwaltungsbeirat (RIT-I), Verwaltungsbeirätin (it@M)

Die Korreferentin des IT-Referats, Frau Stadträtin Sabine Bär, der zuständige Verwaltungsbeirat von RIT-I, Herr Stadtrat Lars Mentrup und die Verwaltungsbeirätin von it@M, Frau Stadträtin Judith Greif, haben einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass das IT-Referat mit den betroffenen Fachbereichen prüft, ob und wie die Bürger*innen bei der Erkennung von Ressourcen-Einsparpotenzial effektiv einbezogen werden können und auf welche Art. In einem weiteren Schritt wird gemeinsam geprüft wie eine Umsetzung erfolgen kann und welche Rahmenbedingungen dafür zu schaffen sind.
2. Mit diesem Beschluss bleibt der Stadtratsantrag „Meldeplattform Weniger ist mehr“ Antrag Nr. 20-26 / A02945“ der Fraktionen ÖDP/München Liste vom 21.07.2022 geschäftsordnungsmäßig bis zum 31.12.2023 aufgegriffen.
3. Mit diesem Beschluss ist die Anfrage Nr. 20-26 / F 00544 „Mach München besser: gilt das auch für nutzbare Gehwege?“ der Fraktion ÖDP/München Liste vom 21.09.2022 geschäftsordnungsmäßig erledigt.
4. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand wird durch die Vollversammlung des Stadtrates endgültig beschlossen.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dr. Laura Dornheim
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt

z. K.

V. Wv. - RIT-Beschlusswesen